

Die Schweiz, ein europäischer Outsider?

Autor(en): **Luchsinger, Fred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **60 (1980)**

Heft 5

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163641>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz – ein europäischer Outsider?

Ziel und Ambition der Europapolitik, wie sie sich in der Trümmerlandschaft, auch der politischen Trümmerlandschaft, nach dem letzten Krieg auf dem noch handlungsfähigen Rest des Kontinents entwickelte, waren wohl einfach zu umschreiben: einmal wieder Herr der eigenen Dinge zu werden und als eine Staaten- oder gar überstaatliche Gemeinschaft, die ihre jahrhundertealten zerstörerischen inneren Rivalitäten überwunden hätte, in Sicherheit ihr eigenes Leben zu führen und sich dabei an gesamteuropäischen Interessen zu orientieren.

Heute zeigt sich, dass dreissig Jahre nach dem Start dieser Politik Europa *nicht* Herr der eigenen Dinge und, auf sich selber gestellt, *nicht* sicher ist und von vielerlei abhängig, was es weder kontrollieren noch nachhaltig beeinflussen kann und wo es gesamteuropäische Interessen nicht zur Geltung zu bringen vermag. Und es zeigt sich auch wieder, dass es um seine Einigkeit nicht zum besten bestellt ist.

Europas Sicherheit

Europa wäre, käme es auf seine eigenen Kräfte an, *nicht sicher* in seinem eigenen Gebiet, das es auch nicht annähernd zu verteidigen vermag. Es ist nicht sicher in seiner Existenzbasis, die, was seine lebenswichtige Versorgung mit Energie betrifft, weit ausserhalb seines Perimeters im Mittleren Osten liegt, für andere lebenswichtige Rohstoffe in Afrika, an Verbindungslinien also, die Europa selber nicht beherrscht und nicht sichern kann.

Europa ist *abhängig* von stabiler Ordnung in Regionen – wie am persischen Golf –, wo sein Einfluss gering ist. Es ist abhängig von der Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, die schlimmstenfalls in einen globalen Konflikt münden könnte und auf die es praktisch überhaupt keinen Einfluss hat. Und es ist vor allem abhängig von der Protektion einer funktionsfähigen Weltmacht, die europäische Interessen mitzuschützen vermag und die dazu willens ist.

Es ist in seinem engsten Bezirk, im eigenen Territorium, abhängig von amerikanischer Abschreckmacht, nicht nur der nuklearen, sondern auch der konventionellen, die als eine Armee von einer Viertelmillion Mann in Europa ständig präsent sein muss, um zu garantieren, dass die Vereinigten Staaten auch wirklich vom ersten Moment eines Konfliktes an hier engagiert wären und um damit die Sowjetunion von bewaffneter Intervention abzuhalten. Diese amerikanische Truppenpräsenz gewährleistet im übrigen, sozusagen als Nebenwirkung, auch noch das innere Gleichgewicht Westeuropas, ohne das alle europäische Politik erheblich schwieriger würde: sie balanciert nämlich das deutsche Übergewicht in der konventionellen Streitmacht Europas aus. Gäbe es dieses amerikanische Gegengewicht nicht, würde also die deutsche Bundeswehr militärisch dominieren, dann wären die Hemmungen jeder europäischen Zusammenarbeit westlich des Rheins noch wesentlich grösser.

Das alles sind alte, wenn auch nicht eben goldene Wahrheiten. Sie wären keiner Erwähnung wert, wenn nicht zunehmende Tendenzen festzustellen wären, sie zwar nicht mit entschlossener eigener Anstrengung Europas womöglich etwas zu korrigieren, sondern sich über sie mit Illusionen hinwegzusetzen.

Gemeint sind die Versuchungen, Entspannungspolitik als *Alternative zur Sicherheitspolitik* zu treiben, mit ihr eine Scheinsicherheit zu suchen, und die Abhängigkeit vom Sicherheitsgaranten Amerika zu überspielen mit dem Gedanken, es könnte eine Politik der europäischen Emanzipation von Amerika, ein Spiel «zwischen den Blöcken» möglich sein oder möglich werden. Es ist hier nicht die Rede von Regierungspolitik, sondern von Tendenzen und Denkrichtungen, die immerhin bis an den Bereich der politischen Verantwortung hinan oder in ihn hinein reichen.

Entspannungspolitik ist kein Ersatz für Sicherheitspolitik, sondern eine Ergänzung zu ihr. Sie schafft bestenfalls ein freundlicheres Klima zwischen Gegenspielern, aber Klima ist nicht Sicherheit; es ist wandelbar, es kann sich, wie man gesehen hat, buchstäblich über Nacht wandeln, es setzt weder die Hemmungen vor Aggression herab noch mindert es das Potential dafür, noch steigert es die Abhalte-, die Abschreckwirkung dagegen. Die Entspannungspolitik hat in zehn Jahren keine Tatsachen geschaffen, die irreversibel, die nicht in kürzester Zeit umzukehren wären. Sie hat unsere Welt nicht sicherer gemacht, als sie es in den Zeiten des Kalten Krieges inklusive seine Höhepunkte in Berlin oder auf Kuba war.

Nach wie vor beruht unsere Sicherheit auf dem unkalkulierbaren Risiko, das ein Angreifer liefe und das er um seiner eigenen Sicherheit und Selbsterhaltung willen nicht auf sich nehmen will und kann, das heisst auf der Fähigkeit, dieses Risiko mit Machtmitteln unkalkulierbar und glaubwürdig

zu machen und zu halten. Alles, was diese Tatsache verdeckt, führt in den Bereich der politischen Fiktion.

Zwischen den «Blöcken»?

Ebenso unreal sind die Denkversuche, der Abhängigkeit vom amerikanischen Protektor durch die Vorstellung zu entrinnen, Europa könnte sich eine Art *neutralistische Option*, eine freie Wahl zwischen den Blöcken offen halten. Diese Protektion ist freilich keine absolute Garantie, und sie ist es nie gewesen; eine Ungewissheit, ob sie verlässlich sei, bestand von allem Anfang, und sie ist mit den Jahren, mit der stark gesteigerten sowjetischen Fähigkeit des Zurückschlagens, und das heisst zugleich mit den stark gewachsenen Gefahren für Amerika selber und für seine Städte nicht geringer geworden. Erhalten geblieben ist jedoch – auch in einer Phase stärkerer Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Protektion – eben die «Nichtkalkulierbarkeit» des Risikos, die sie bisher doch letztlich hat wirksam sein lassen. Erhalten geblieben ist die Möglichkeit, dass ein Angriff auf Europa den Angreifer selber unter die Räder bringen könnte, ist die Ungewissheit, welche die Hemmung vor drastischen Schritten bewirkt oder steigert.

Dieses Risiko vermöchten die schwachen Kernwaffen Frankreichs und Grossbritanniens für sich allein bei weitem nicht zu schaffen, abgesehen davon, dass sie ja ihrerseits nicht ganz Europa, sondern lediglich vitale französische beziehungsweise britische Interessen decken würden. Eine Drohung, dem anderen Schäden zuzufügen, indes man selber aber seinen eigenen Untergang dabei riskierte, ist nicht glaubwürdig und deshalb nicht wirksam. Eine eigenständige europäische Abschreck- oder Dissuasionsfähigkeit gibt es also nicht.

Fiele die amerikanische Abschreckung zugunsten der Alten Welt weg, dann wäre Europa unaufhaltsam dem *Sog der stärksten Macht* auf dem Kontinent ausgesetzt. Sie würde mit ihrer strategischen Überlegenheit auch politisch dominieren und diktieren. Man beruhigt sich vor solchen Aussichten bei uns gern mit dem Argument, dass ein derartiger politisch und strategischer Rückzug der Vereinigten Staaten rein hypothetisch und undenkbar sei, da er ja auch die globale Situation Amerikas massiv verschlechtern würde. Etwas, was logisch nicht aufgeht, ist deswegen allerdings noch nicht immer auch politisch zum vornherein unmöglich. Eine De-Solidarisierung Europas, ein Ausscheren dieses Kontinents in eine neutralistische Zwischenwelt, könnte, ja müsste in Amerika einen neuen Isolationismus entstehen lassen, der die politische Basis für das europäische

Engagement der Vereinigten Staaten entscheidend schwächen würde. Man wird sich in Erinnerung halten, dass die Mansfield-Resolution, die den schubweisen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa empfahl, im amerikanischen Senat vor einigen Jahren nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit knapp abgelehnt worden ist.

Aus all dem ist wohl der Schluss zu ziehen, dass ein Europa ohne das Rückgrat der amerikanischen Macht, das heisst ohne enge und gesicherte politische Verbindung mit, Bindung an Amerika in der Zone enormer Pressionen, in der dieses Europa liegt, nicht seinem Willen und seinen Interessen gemäss bestehen könnte, dass die Vorstellung einer europäischen *troisième force* zwischen den Blöcken in Ermangelung von *force* nach wie vor eine Chimäre ist, jedenfalls wo es um Existenzfragen geht, dass es zwar Möglichkeiten des selbständigen Handelns und sinnvoller Arbeitsteilung, auch sinnvoller und legitimer Divergenzen auf vielen Gebieten durchaus gibt, von Währungs- und Handelspolitik bis zur Politik in und mit der Dritten Welt – nicht aber in der zentralen Frage des Überlebens.

Die Schweiz und Europa – Identifikation und Distanz

Das Verhältnis unseres Landes zu Europa kann von diesem Sachverhalt nicht unbeeinflusst bleiben. Er ist zwar nicht Gegenstand von Verträgen und Abkommen, wie sie im Konkreten unsere Beziehungen etwa zu den Europäischen Gemeinschaften regeln. Aber er steht hinter aller Europapolitik und muss in der Routine der handelspolitischen Abwicklungen und des Ausbaues der Beziehungen mit den europäischen Institutionen präsent sein. Es ist von Bedeutung für uns, dass Europa seine Sicherheit nicht selber gewährleisten kann. Das spielt in unsere eigene Sicherheitspolitik hinein und beeinflusst den Stellenwert der schweizerischen Neutralität. Und es ist wichtig für uns, die Tendenzen beizeiten zu erkennen, die gegebenenfalls auf eine Umorientierung westeuropäischer oder der einen oder der anderen nationalstaatlichen Politik in Europa zielen. Wir können zwar nichts dagegen tun; wir können uns aber darauf einrichten.

Wir sind zwar unauflöslich Teil von Europa, über die Geographie hinaus geistig und kulturell, wirtschaftlich, in unserer Lebensart, auch in unserem politischen Denken, mit allen Fasern ihm verbunden. Aber wir haben durch unsere Geschichte hindurch immer wieder eine Art *dialektisches Verhältnis* zur europäischen Entwicklung gehabt, eine Spannung zwischen Identifikation und Distanz, und wir haben uns bis heute eine wenn auch noch so enge Zone eigener Entscheidung gegenüber dieser Entwicklung bewahrt.

Diese Dialektik ist sozusagen bereits ein schweizerisches Geburtsmal. Zwei Tendenzen, Bewegungen, trafen aufeinander, als die Eidgenossenschaft gegründet wurde: Der *Gotthard* wurde als neue internationale Passstrasse eine politische Achse Europas, das heisst der kaiserlichen Politik zwischen dem deutschen Norden und Italien, die abgeschiedenen zentral-schweizerischen Alpentäler wurden den Einflüssen der Mächtepolitik geöffnet. Und zugleich traf diese «Internationalisierung» auf einen Willen zur Selbstregierung in kleinräumigen, kleinsträumigen Ordnungen, zur eigenen Identität im engsten Bereich, der in ganz anderen, autochthonen Traditionen verwurzelt war, aber doch auch wieder spürbar beeinflusst von einer grösseren europäischen Strömung, nämlich der italienischen Stadtefreiheit.

Der Expansion der jungen Eidgenossenschaft und ihrem offensiven stürmischen Eindringen in europäische Machtpolitik in Oberitalien, im französisch-burgundischen Bereich, im süddeutschen Raum folgte nach dem Debakel von 1515 dann der Rückzug auf sich selbst, auf das Stillsitzen in den europäischen Kämpfen. Es blühte ein Jahrhundert später im Dreissigjährigen Krieg zum ersten Mal die eidgenössische Friedensidylle mitten in einem sich zerstörenden Europa, jene Idylle, die man ringsum dann «das Glück der Schweizer» nannte, womit man das Glück der Verschonten, von den Stürmen Verschonten meinte.

Mit dem Untergang der ihrer selbst nicht mehr sicheren und verteidigungsunfähig gewordenen Alten Eidgenossenschaft geriet das Land abermals – und wider Willen – in den Strudel europäischer Machtpolitik, das heisst in die Revolutions- und die napoleonischen Kriege Frankreichs. Kaum war aber ihr Ende in Sicht, suchte die eidgenössische Politik, wie aus einem eingeborenen Instinkt heraus, wieder den Rückzug aus dieser, diesmal passiven Verflechtung, zurück in die Sonderheit, in den machtpolitischen Ausstand.

Sie erreichte im *Pariser Vertrag* von 1815 eine bemerkenswerte völkerrechtliche Formel für ihren Willen, abseits zu stehen – nämlich die formelle Anerkennung nicht nur ihrer «immerwährenden» Neutralität, sondern die Versicherung aller europäischen Mächte, dass diese Neutralität «in den wahren Interessen der Politik ganz Europas» liege.

Dauerhaft bewährte Neutralität

Bemerkenswert nicht nur die Formel, sondern auch ihre Dauerhaftigkeit. Denn sie hat sich unter allen drastischen Veränderungen der politischen Landkarte Europas und bei allem, was über diesen Kontinent zwischen 1815 und 1945 hereingebrochen ist, im Prinzip gehalten. Sie ist im Ver-

sailer Vertrag, später bei der Wiedergewinnung der integralen Neutralität im Völkerbund bestätigt und implizite in unserer Generation noch einmal anerkannt worden durch die schriftlich fixierte sowjetische Direktive oder Empfehlung von 1955, dass ein souveräner österreichischer Staat sich inskünftig an eine Neutralität halten solle «von der Art, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird».

Die Bewährung dieser Neutralität in drei europäischen beziehungsweise globalen Kriegen hat sie zu einem tiefverankerten, wenn auch nicht institutionellen Bestandteil unserer Staatsauffassung gemacht. Zwar ist die «*neutralité perpétuelle*» kein Glaubensartikel und keine Ideologie, sondern nichts mehr als ein *sicherheitspolitisches Instrument* unseres Staates. Als solches aber ist sie nach wie vor auf Dauer angelegt und im Bewusstsein des Volkes nicht zu erschüttern und aus ihrem Vorrang nicht so bald zu verdrängen.

Die andere Seite dieser schweizerisch-europäischen «Dialektik», die der Verflechtung, der intensiven Kommunikation, der vielfältigen Wechselwirkungen zwischen diesem Land und seiner europäischen wie auch ausser-europäischen Umwelt ist nicht weniger eindrücklich: Die weltweite Verbindung des Calvinismus, Genf, das protestantische Rom, die Impulse der Aufklärung hinüber und herüber, die Verflechtung mit den politischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts von der liberalen Emanzipation über die radikale Revolution bis zur sozialistischen Bewegung, der überproportionale Anteil des Landes an der Entwicklung der Weltwirtschaft, die Rolle der Schweizer in der überseeischen Kolonisierung, ohne dass ihr Land je Kolonialmacht gewesen wäre, die Ausstrahlung humanitärer Werke und vieles mehr, die heutige Dichte sodann der internationalen Verbindungen der schweizerischen Wirtschaft, Finanz und Wissenschaft.

Auch wenn wir uns mit politischen Anfällen fremdenfeindlicher Absonderung und von Igelmentalität gerade, aber nicht von ungefähr, auf den Höhepunkten solcher weltweiter Geschäftigkeit auseinandersetzen hatten und immer noch auseinandersetzen haben – Isolationismus wird angesichts des europäischen und internationalen Geistes, der ja nicht nur die schweizerische Exportwirtschaft durchdringt, kaum auf die Dauer die akute Gefahr dieses Landes sein.

Es gehört zu einer solchen Spannung mit Wechselwirkungen, der Spannung in unserem Falle zwischen Offenheit und Abschliessung, zwischen Dabeisein und Abseitsstehen, dass sie keine vereinfachenden Antworten und keine Fixierungen «ein für alle Male» auf eine bestimmte Richtung zulässt. Die Schweiz ist auf die Dauer weder ganz und gar der alpine Igel, noch ist sie voll und ganz und stets der Welthandelspartner und nichts anderes.

Gegenläufigkeit – ein Prinzip?

Sie ist auch nicht festzulegen auf das Prinzip der Gegenläufigkeit, wie es bisweilen statuiert worden ist – darauf etwa, dass wir «europäisch» und «internationalistisch» reagierten, wenn rings um uns Nationalismus im Schwang sei, dass wir uns national nach innen kehrten, wenn ein internationalistischer Enthusiasmus etwa auf Völkerbund oder Vereinigte Nationen setze, dass wir in der europäischen Restauration auflüpfisch revolutionär, in europäischen Revolutionszeiten dann wieder konservativ seien usw.

Genauerer Hinsehen zeigt, dass auch bei uns jeweilen vieles miteinander im Spiele ist. Wir haben, um das oft zitierte Beispiel zu nennen, gegenüber der Drohung der nationalistisch irrationalen Ideologie des Tausendjährigen Reiches in den dreissiger Jahren keineswegs nur «gegenläufig», d. h. europäisch und rational reagiert. In der Abwehr des Deutsch-Nationalen spielte als Gegenposition das Schweizerisch-Nationale, in der Abwehr des Irrationalismus von Blut und Boden durchaus Irrationales – vom «hehren Alpenkreis» bis zu unseren eigenen Geschichtsmaythen – eine erhebliche Rolle, wie jeder weiss, der sich an die Aktivdienstjahre erinnert. Man stand gegen den hysterischen deutschen Nationalismus nicht «für Europa» an den Grenzen, sondern für die Schweiz – wobei die Schweiz «als Idee» freilich humanes, auch rationales europäisches Erbe mit einschloss.

Und besonders «gegenläufig» waren wir auch in der jüngsten Vergangenheit nicht, als etwa die Kontestationswelle uns 1968 genauso wie unsere Nachbarn erfasste, sind wir auch heute nicht, wenn wir unsere Debatten über Mitbestimmung, Schwangerschaftsabbruch, Gleichberechtigung der Geschlechter usw. mit den analogen Diskussionen vergleichen, die beim nördlichen Nachbarn und anderswo vorausgegangen sind. Und wie lange wir uns die helvetische Gegenläufigkeit bei der Verweigerung der Sommerzeit leisten, werden wir ja sehen.

Und – dies als blosse Randbemerkung – sind eigentlich einige der Einrichtungen, mit denen wir uns als europäischen Sonderfall auszuweisen pflegen, so wie wir mit ihnen umgehen, wirklich noch Belege für unsere originäre Andersartigkeit – beispielsweise die direkte Demokratie, wenn die Teilnahme an den Entscheidungen nur noch 30 bis 40 Prozent der Bürger interessiert, oder das Milizsystem, nicht nur das militärische, das ja nicht nur den selbstlosen und effizienten Einsatz mancher Einzelner für das Gemeinwesen, sondern sehr häufig doch auch biedere Inkompetenz in geschäftigem Leerlauf produziert, die keinem ernstesten Test gewachsen wäre.

Toter Nationalstaat?

1945, nach der Katastrophe, galt vielen Europäern der Nationalstaat als tot, das nationalstaatliche Kapitel der europäischen Geschichte unter Trümmern als beendet: Das Deutsche Reich war zerschlagen, was wieder erstand, waren separierte Fragmente; im französischen Selbstbewusstsein bohrte die Niederlage und die *Collaboration*; die Kleinstaaten am Kanal hatten ihre Ohnmacht und die Brüchigkeit ihrer Neutralitätspolitik erfahren müssen. Politisch-moralisch intakt war (ausser der Schweiz) lediglich England, und das blieb ausserhalb der politischen Landschaft Europa und war alsbald durch die Liquidation des Empire absorbiert; Churchills Aufruf zur europäischen Einigung, das sollte man nicht vergessen, richtete sich an die anderen und schloss England selber aus.

Für diese anderen aber schien «Europa» in der Tat der Ausweg zu sein, erstens zur Überwindung der eigenen Misere, zweitens zur Überwindung der mörderischen Rivalitäten zwischen den Nationen, die Europa zugrunde gerichtet hatten, drittens weil nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nur Grossräumigkeit noch gesicherte Selbsterhaltung, nur Grossräumigkeit nach dem Modell Amerikas noch Wohlstand, d. h. grosse Märkte versprach.

Die Dinge entwickelten sich nicht ganz nach diesen Vorstellungen. Das handlungsfähige, geeinigte, grossräumige Europa, in dem die Nationalstaaten aufgegangen wären, gibt es nach dreissig Jahren immer noch nicht, – es gibt nur den *Gemeinsamen Markt* zwischen ihnen, der allerdings dem Wohlstand nachhaltige Impulse zu geben vermochte. Hingegen waren fünf Jahre nach dem Kriegsende die totesagten Nationalstaaten bereits wieder, trotz all ihren inneren Problemen, die gegebenen und akzeptierten Organe des politischen Lebens, die Auffangpositionen im Chaos, die Ausgangspositionen für die Regeneration, die Garanten der Ordnung – selbst im deutschen Rumpfstaat der Bundesrepublik, der bei aller frustrierten Wiedervereinigungsromantik doch sehr bald schon die Loyalität seiner Bürger gewonnen hatte, die auf ihn ihre Hoffnungen auf Sicherheit und auf materielle Verbesserung setzten. Europa ist – abgesehen von der entscheidenden Hilfe und Assistenz durch den amerikanischen Marshallplan, primär und im wesentlichen, wirtschaftlich und politisch, *in* den Nationalstaaten, *von* den Nationalstaaten wieder aufgebaut worden.

Das hat sich auf den Prozess des europäischen Zusammenschlusses eher hemmend ausgewirkt. Wäre Europa 1945 wirklich die politische *tabula rasa* gewesen, für die man es gehalten hatte, dann wäre es mit der Einigung schneller vorangegangen und dann hätte das integrationspolitische, supra-nationale Modell, demgemäss die Nationalstaaten in einen Grossverband

mit ausgeprägter Zentralgewalt hätten eingeschmolzen werden sollen, eine bessere Chance gehabt. Dieses Modell ist nicht nur an dem einen Mann *de Gaulle* gescheitert; Frankreich hat es schon vor ihm abgelehnt und bereits 1954 deutlich gemacht, dass es für die Einschmelzung in Europa nicht reif und nicht bereit war; und manches Gefecht für eine rigorose Integration ist seither auch von anderen Regierungen als Scheingefecht geführt worden.

Der ideologische Streit um Form und Gestaltung des europäischen Zusammenschlusses, der auch in der Schweiz seine Wellen geworfen und in unserer Europapolitik Spuren gezeichnet hat, ist in der Realität vorläufig abgeschlossen, wenn auch die deutliche Differenz zwischen dem geschriebenen Buchstaben der Römer Verträge und den Fakten der europäischen Politik, namentlich in der Entscheidungspraxis der Europäischen Gemeinschaften bestehen bleibt.

Der europäische Prozess

Faktisch ist die Gemeinschaft trotz ihren kräftig ausgebauten zentralen Institutionen und trotz ihrem nun direkt gewählten Parlament ein Staatenbund mit limitiertem wirtschaftlichem Zweck, in dem nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern in einem Konsensverfahren aller Beteiligten entschieden wird. Die Einschmelzung der nationalen Souveränitäten hat vorläufig nicht stattgefunden. Sie war nicht durch Dekret, durch einen grossen Sprung vorwärts, zu verwirklichen, sondern sie kann nur das Ergebnis eines längeren, wechselseitigen Anpassungs- und Abschleifprozesses sein. Dieser Prozess ist aber unzweifelhaft im Gang, und er ist in seiner steten Erosionswirkung und in seinen Anpassungszwängen nicht zu unterschätzen; es ist heute schwer vorstellbar, dass er reversibel sein könnte, solange wenigstens die Grundlagen für europäische Einigungspolitik überhaupt erhalten bleiben.

Unterschätzt worden sind also die *Fristen*. Die Idee, dass die europäische Staatenwelt sich enger zusammenschliessen müsse, ist bei aller Ernüchterung über ihre schwierige, schleppende Realisierung nicht nur als Idee, sondern als Politikum von Gewicht am Leben geblieben und konkret fassbar geworden.

Diese Lebenskraft zeugt davon, dass die Sache notwendig ist. In der Tat kann letztlich und auf die Dauer niemand anders als Europa selber das europäische Interesse vertreten – das Interesse der Selbstbehauptung und der Erhaltung der in langer Geschichte herausgebildeten Vielfalt und der freiheitlichen Ordnung. Solange aber Europa seinen Bestand nicht aus eigener Kraft zu sichern vermag, solange wird diese Selbstbehauptung im weiteren westlichen Zusammenhang und Zusammenhalt aufgehoben

bleiben müssen, der Europa ja ein Mass an Freiheit, Vielfalt und Bewegungsraum lässt, wie es in keiner anderen denkbaren Konstellation und insbesondere nicht in einem Zustand der Finnlandisierung denkbar wäre.

Die Schweiz hat diesem europäischen Prozess der letzten dreissig Jahre mit einer Mischung, oft widersprüchlichen Mischung von Sympathie und Skepsis, Identifikation und Abgrenzung, Zustimmung und Kritik beigewohnt, über lange Zeit als Zuschauer beigewohnt. Es war unsere Sache und doch nicht unsere Sache, um die es ging.

Als Europäer mussten wir die Stärkung Europas wollen, mussten wir die Auflösung der verhängnisvollen Rivalitäten, namentlich der deutsch-französischen, mussten wir die Schaffung eines festen politischen Kerns im bedrohlichen Machtvakuum Westeuropa begrüssen. Als ein intakt gebliebener und mit intaktem Staatsbewusstsein aus dem Krieg hervorgegangener Staat waren wir andererseits zur Preisgabe und Einschmelzung unserer Souveränität in einem Grossverband von zum Teil eher unsicher scheinenden Kumpanen nicht bereit. Ein supranationaler Zentralismus entsprach nicht unserem eigenen föderalen Modell des staatlichen Zusammenschlusses. Als ein neutraler Staat, dessen Neutralitätspolitik soeben die dritte erfolgreiche Bewährungsprobe in drei Generationen hinter sich gebracht hatte, waren wir nicht willens, dieses so eminent taugliche Instrument unserer kleinstaatlichen Sicherheitspolitik einer europäischen Konstruktion von unsicherer Haltbarkeit und Zukunft zu opfern.

Alte, Instinkt gewordene Erfahrungen, dass ein Gleichgewicht und durchaus auch ein gewisser Grad von Divergenz zwischen den uns umgebenden Mächten für uns zuträglicher sei als zuviel Harmonie – wie zur Zeit der Heiligen Allianz – oder gar als ein uns umschliessender Block, wie zu Zeiten von Habsburg-Burgund, Napoleon und der faschistischen Achse, solche Erinnerungen machten manche Schweizer auch dem Brüsseler Europa gegenüber in einem fast übertriebenen Masse skeptisch. Und als Exporteure und Händler schliesslich waren wir *last but* keineswegs *least* zwar von der Idee eines grossen europäischen Marktes angetan, ganz und gar nicht aber vom Gedanken, als Nichtmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausserhalb einer Zollmauer zu bleiben und diskriminiert zu sein.

Überwundene Vorurteile

Einige dieser Vorbehalte sind geblieben, andere sind geschrumpft. Der Antagonismus zwischen föderalistischen und integrationistischen, supranationalen Vorstellungen des Zusammenschlusses ist vor der Realität der nach wie vor weitgehend souveränen Nationalstaaten Europas mehr oder

weniger gegenstandslos geworden – damit auch eine polemische Grundhaltung, mit der auch bei uns das Konzept der EWG zeitweise eifervoll bekämpft worden ist. Gänzlich geschwunden ist die reservierte Haltung gegenüber dem Europarat, der als Konsultativorgan weder Souveränität noch Neutralität in Gefahr bringt und in dem wir praktisch ohne Vorbehalte als Europäer mit Europäern problemlos in *einer* Institution zusammenarbeiten. Ob jedoch der schweizerische Souverän bereit wäre, einige seiner Rechte, auch wenn er sie selber nicht mehr intensiv wahrnimmt, an ein auswärtiges Organ in Brüssel abzutreten, bleibt nach wie vor höchst fraglich.

Auf jeden Fall aber sind die Europäischen Gemeinschaften trotz ihren ungelösten institutionellen Widersprüchen, trotz ihren teilweise – etwa in der Agrarpolitik – kaum mehr funktionsfähigen Strukturen, trotz – oder dank – ihrem Übermass an Bürokratie eine *Realität* von so dominierendem Gewicht geworden, dass sie heute nicht mehr aus der europäischen Wirklichkeit herauspolitisiert, geschweige denn herausdisputiert werden können. Man *muss* sich mit ihr arrangieren. Die Europäischen Gemeinschaften sind der Kern, um den sich europäische Politik bzw. die Harmonisierung auch der Politiken der europäischen Nationalstaaten kristallisiert; einen anderen gab und gibt es nicht, und auch der Aussenseiter kommt an ihm nicht vorbei.

Und schliesslich ist der wirtschaftspolitische Stein des Anstosses für die Outsider, die Diskriminierung, durch die *Freihandelsabkommen* mit den Neutralen beseitigt, ja die EG selber, mindestens einige ihrer massgebenden Partner, sind in den Gatt-Verhandlungen zu einem Promotor des freieren Welthandels geworden. Der auf globalen Freihandel angelegten, im weitesten Sinne international orientierten schweizerischen Wirtschaft stehen die Europäischen Gemeinschaften nicht mehr als ein protektionistischer Block im Wege.

Das Hindernis der Neutralität

Was hingegen zwar nicht einer ausgeglichenen und weithin problemlosen Partnerschaft zwischen der Schweiz und den Gemeinschaften, wohl aber einer vollen Einbeziehung unseres Landes in die EG nach wie vor im Wege steht, ist im wesentlichen die politische Zweckbestimmung der *Communauté* bzw. die Neutralitätspolitik der Schweiz. Was am Begriff der «*finalité politique*» der EG politisch Substanz ist oder sein wird, darüber kann man sich streiten. Unzweifelhaft aber wird ihr von den massgebenden Mächten, den Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion, der politische Wille zugeschrieben oder zugemutet, und unzweifelhaft verlangt die Mitgliedschaft

Abstriche an der Souveränität – vor allem den Verzicht auf autonome, nationale Vertragsfähigkeit in Aussenhandelsbereichen –, welche die Grundlagen der Neutralitätspolitik unterhöhlen würden.

Damit ist der Neutrale vor die Frage des *Entweder-Oder* gestellt, denn Neutralitätspolitik hat zur Voraussetzung, dass ihr die Hände nicht einseitig gebunden werden. Für die Schweiz kann die Wahl nach wie vor nicht zweifelhaft sein. Sie wird, bei aller Verflechtung mit den europäischen Interessen, mit dem europäischen Prozess und seinen Institutionen für die glaubwürdige Erhaltung und Weiterführung ihrer Neutralitätspolitik optieren, optieren müssen, erstens weil eine andere Entscheidung des Souveräns heute und in absehbarer Zukunft ohnehin nicht vorstellbar ist, zweitens weil die Interessen des Landes, insbesondere seiner Sicherheitspolitik, nach wie vor den *Vorrang der Neutralität* verlangen.

So unbehaglich es manchem sein, so unwahrscheinlich es scheinen mag, dass auch in einer gegenüber 1914, 1939, 1950 so tief veränderten Situation Europas unsere Antwort immer noch die selbe, traditionelle, konventionelle sein soll – es gibt keine Alternative, die mehr überzeugte oder, um Staatssekretär Weitnauer zu zitieren: Es ist uns bisher nichts Besseres eingefallen. So schmal die Wahrscheinlichkeitsmarge sein mag, als Neutraler ausserhalb eines europäischen Konflikts zu bleiben, sie ist grösser als Null, grösser als die der europäischen Bündnispartner, und damit *muss* sie von jeder verantwortlichen Politik wahrgenommen werden.

Ist diese Entscheidung für die herkömmliche Neutralitätspolitik der Schweiz eine Sünde wider Pflicht und Geist europäischer *Solidarität*? Sie wäre es, wenn wir mehr und Sinnvolleres beispielsweise für die Verteidigung Europas tun könnten als wir mit unserer Landesverteidigung zu tun vorhaben, die ja auch, je nach Lage, Verteidigung wichtiger europäischer Schlüsselstellungen wäre. Die Antwort bleibt allerdings selbstgefällig und theoretisch, wenn wir unserer Landesverteidigung und dem militärischen Schutz unserer Neutralität nicht jene Glaubwürdigkeit geben bzw. wiedergeben, die allein sie zu einem Faktor machen kann, der zählt – und die in den letzten Jahren offensichtlich gelitten hat.

Vorrang der Sicherheitspolitik

Die Lage unserer Tage hat den Stellenwert der Neutralitätspolitik für unser Land eher erhöht. Die Krise um Persien und Afghanistan, darüber sind sich politische und strategische Betrachter weitherum einig, hat eine Krisenphase eröffnet, die im Zeichen gestörten Gleichgewichts steht und die die *Sicherheitspolitik* wieder zur ersten Sorge werden lässt, nachdem man sie in euphorischen Entspannungsvorstellungen vernachlässigt hatte.

Das Hauptelement schweizerischer Sicherheitspolitik bleibt, bei aller geschuldeten Reverenz vor der Rolle der Diplomatie, die bewaffnete Neutralität. Die Sicherung ihrer Glaubwürdigkeit verlangt neben adäquater Rüstung für die Verteidigung, dass alles unterlassen wird, was sie politisch kompromittieren könnte, und sie verlangt ebenso, dass sie aussenpolitisch-diplomatisch so strikt gehandhabt wird, dass sie in guten Treuen keinen Zweifeln ausgesetzt sein kann. Der Selbständigkeits- und Bewegungsraum auch gegenüber den Europäischen Gemeinschaften, so schmal er unter den Anpassungszwängen geworden sein mag, muss also erhalten, die Distanz muss gewahrt werden, die uns *eigene Entscheidungen* ermöglicht. Es gibt keine Alternative: Wir bleiben als Europäer auch heute letztlich der Sonderfall, der wir seit über 450 Jahren, der wir im Grunde, wenn man's genau nimmt, seit bald 700 Jahren sind.

Nach einem Vortrag, gehalten am 19. Februar 1980 an der Universität Zürich, im Rahmen einer Vortragsreihe des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung.



Der Versicherungsexperte der Basler ist im Bild. Er gibt Ihnen zuverlässig Auskunft über genau geplanten und persönlich abgestimmten Versicherungsschutz

in allen Versicherungsbranchen

Rufen Sie ihn an. – Er weiss, was Sie wissen müssen!

 **Basler**
Für alle Fälle